

Müllpost im März 2026



Das Bild (siehe Foto vom 15.03.2026) zeigt symptomatisch die Defizite der Münchner Entsorgungsstrategie. Dass dort Wahlplakattafeln des amtierenden Oberbürgermeisters illegal entsorgt wurden, unterstreicht einmal mehr die Dringlichkeit einer Änderung. Die sogenannte „Passt-schon-Politik“ verzögert und unterminiert jede substantielle Verbesserung.

1. Status Quo: Vermüllung und Infrastruktur

Seit zwölf Jahren lassen Verwaltung und Stadtspitze eine zunehmende Vermüllung des öffentlichen Raums ohne konsequente Gegenmaßnahmen zu. Ein Müllsystem, das **vor über 30 Jahren** eingeführt wurde, ist längst gescheitert. Es müsste und muss grundlegend erneuert werden, um den heutigen **Anforderungen einer Millionenstadt und den Lebensgewohnheiten Ihrer Bürger** gerecht zu werden.

- **Fehlentwicklung:** Während die Müllmengen in der wachsenden Stadt steigen, wurde die Zahl der Sammelstellen in München reduziert.
- **Folgen:** Das Festhalten an Sammelstellen für Haushaltsmüll auf Gehwegen und Grünflächen im öffentlichen Raum führt zwangsläufig zu:
 - Anhaltender Verschmutzung, **Lärm, Ruhestörungen, Verkehrsbelastung** und Rattenbefall.
 - Einer schleichenden sozialen Verwahrlosung rund um die Containerplätze und darüber hinaus.
 - Asozialem Verhalten bei der Entsorgung von Müll jeglicher Art, wie der aktuelle Vorfall mit den Wahlplakaten verdeutlicht.

2. Die „Gelbe Tonne“ – Eine unvollständige Lösung

Die Einführung der gelben Tonne zum Jahresbeginn 2027 ist ein Erfolg unseres Bürgerprotests, bleibt jedoch konzeptionell lückenhaft:

- **Altglas-Problematik:** Während **Verpackungen künftig abgeholt werden**, verbleiben die Altglas-Container im öffentlichen Raum. Damit bleiben die Brennpunkte für **Lärm, Ruhestörungen und illegale Müllablagerungen** bestehen.
- **Recycling-Quote:** Derzeit landet fast die gleiche Menge Glas im Restmüll wie in den Containern. **Die Sammelquote und Wirksamkeit der Containersammlung sind marginal. Da dieser Restmüll** in der Müllverbrennung landet, findet für diese wie für andere Wertstoffe kein Recycling statt – ein ökologischer Fehlschlag.

3. Kritik an der Kreislaufwirtschaft und CO₂-Bilanz

Das städtische „Zero Waste“-Konzept erweist sich bei genauerer Betrachtung als unzureichend und ist eine **Schaufensterpolitik**. Die Restmüllmenge wird nicht reduziert, die Wertstoffsammlung in allen Stoffströmen wird nicht gesteigert. Es sind Werbekampagnen, schöne Plakate **ohne jeden Handlungswillen und Wirksamkeit**. Zero Waste ist gescheitert:

- **Verbrennung statt Kreislauf:** Der AWM agiert zusammen mit den SWM faktisch als **Abfallverbrennungswirtschaft**. Die Öfen sind überwiegend mit fossilen Wertstoffen ausgelastet; der tatsächliche **Restmüllanteil ist vergleichsweise gering**.
 - **Krisenvorsorge fehlt:** Kreislaufwirtschaft findet nicht statt. Gerade jetzt in Krisensituationen wird deutlich, wie wichtig Ressourcen und Energie sind. Kreislauf und Wiederverwendung von Rohstoffen machen den Unterschied.
 - **Emissionen:** Trotz offizieller Erfolgsmeldungen steigt der reale **CO₂-Ausstoß** der Stadt. Der Bau einer neuen, überdimensionierten Müllverbrennungsanlage zementiert diesen Irrweg auf Jahrzehnte und verhindert eine echte Kreislaufwirtschaft.
 - **Duales System:** Über 95 % der Wertstoffinseln befinden sich auf städtischem Grund. Die Landeshauptstadt lässt zu, dass das Duale System als Betreiber die Kommune zu ihrem Nachteil nutzt.
-

4. Unsere Forderungen für einen Systemwechsel

- **Standortverlagerung:** Entfernung der Container aus Wohngebieten und Grünflächen. Rückführung von Glas dorthin, wo es gekauft wird (Einzelhandel), oder an sozial verträgliche und lärmunempfindliche Orte.
- **Gebührenanreize:** Finanzielle Anreize für Bürger, die konsequent trennen, könnten helfen, die Restmüllmenge pro Kopf weiter zu reduzieren. Dies würde die Systembelastung und die **CO₂-Abgaben** vermindern.

Blick zur Seite: „Passt schon“ passt nicht mehr zu München

Die Tatenlosigkeit in der Müllpolitik ist symptomatisch für Versäumnisse in weiteren Bereichen wie der Verkehrsplanung oder der ökologischen Städteplanung. Wir fordern eine Politik, die Verantwortung für den öffentlichen Raum übernimmt, statt die „Passt-schon-Mentalität“ weiter zu verwalten.